

# Freiburger Nachrichten

## Tagesblatt für die westliche Schweiz

(Formals „Freiburger Zeitung“)

**Abonnementspreis:**  
12 Monate 6 Monate 4 Monate 3 Monate 1 Monat  
Schweiz: Fr. 17.70 Fr. 9.— Fr. 5.90 Fr. 4.— Fr. 2.—  
Ausland: „ 18.— „ 10.— „ 6.— „ 4.— „ 2.—  
Die Samstagnummern kosten pro Jahr Fr. 60.—  
Vergleichsweise Nr. 212. Bei der Post bestellt 20 Bz. woch.  
Wo das Annehmen für das Ausland sind am Postamt  
des Empfängers anzugeben, und dort ist der Abonnementspreis zu  
erfragen. Postkontennummern: Deutschland, Österreich-Ungarn,  
Italien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen 10.

**Infektionspreis:**  
Für den Kanton Freiburg:  
Erste Infektion 20 Wfr.  
Folgende Infektionen 15 „  
Für die Schweiz 25 „  
Für das Ausland 30 „  
Reklamen 60 „  
Vr. Bette  
über  
beim Makel

Redaktions- und Verwaltungsbureau: Peroldstrasse 38, Freiburg (Schweiz) Telefon 406. — Annoncenregie: PUBLICITAS, Schweizer Annoncenexpedition A.-G. Telefon 135

**große Fahrhabe-gerung**  
**umisberg**  
und Wegzug, bringt Gottfried  
g. daselbst Freitag, den 1. Febr.  
sonntags 9 Uhr an, an eine  
Steigerung  
1. An Schwarz: 5 Pferde,  
1 neunjährige 2 fünfjährige  
Stuten, 1 dreijähriger Wallach  
und 1 einjähriges Fohlen 28  
Kühe, wovon 20 1 achtjährige  
Mutter, 4 Weihen und 2 Zucht-  
Riere 1 1/2 Jahr.  
2 An Fahrhabe: 4 Bräuden-  
wagen, 1 Wodwagen, 2 Jauche-  
kästen, 1 Jauchefäß mit Hinter-  
rad, 1 Schwadereisen, 1 Pferde-  
und 2 Kartoffelplüge, Eagen,  
Strohplüge, Schelarten, 1 Fröh-  
sche, ferner landwirtschaftliches  
und Viehwärter  
Kleinfuhr 1 Uhr an zur Verfertigung.  
Ladet freundlich ein  
**Gottfried Schürder.**

**s trächlige**  
**und Kinder**  
**Auswahl bei**  
**Weil & Söhne**  
Bern Postgasse 19  
Langnau

**Fahrhabe-gerung**  
seines Landgutes bringt  
Donnerstag, den 6. Februar  
tags 8 1/2 Uhr an, vor seinem  
Wohnung, Station Laupen,  
b öffentliche Steigerung:

**Wasser**  
n-Bist der „Magen An“ be-  
die gegründet ist im Jahre 1280  
trefflichem Geschmaek  
ausgeschliffenen Pflanzen, die  
lang und erprobt Verbältnisse  
nd keine Mithin- und schädliche  
sich in Fällen von Unverdaulich-  
schwerer Verdauung, Kollik, Erbk-  
mittel gegen epidemische Krank-  
en.  
Eigenmann, Chatton und G.,  
ntrecht und Gottau; Gung;  
h; Schmidt, Apotheker; Guld-  
herrenengasse; Aber; Konsum-  
res, Saulanngasse und Beauve-  
n, in Sittis-am-See; Strebel,  
hmbli, Apoth.; Robach, Apoth.;  
in Remund; Oberlin, Châtel-  
aria, droguerie de la Croix-d'Or,  
agerle, Neuenburg.  
129

### Bundesversammlung

#### Kriegsteuervorlage im Nationalrat.

In seiner Sitzung vom Montag nachmittag hat sich der Nationalrat weiter mit der Vorlage über die wiederholte Kriegsteuer befaßt. Die Tabellen werden unverändert genehmigt. Die vom Ständerat verlangte Kantonssteuer wird vom Nationalrat abgelehnt. Diese wäre lebenslang unsozial gewesen. Dafür geraten die Herren unermüdet in eine neue Diskussion über das Postulat Rothensberger. Dieser hatte angefragt, ob der Uebertrag der Kriegsgewinnsteuer (Antrag Walther), sofern sie 300 Millionen übersteige vom Brutto oder Nettoertrag berechnet sei. Im letzteren Falle bleibe für die Alters- und Invalidenversicherung überhaupt nichts übrig.

Bundesrat Motta erklärt, daß bis und mit 1918 der Bruttoertrag der Kriegsgewinnsteuer 420 Millionen ertrügen werde. Davon geht ein Sechstel für die Arbeitsloosentfaltung ab. Das heißt, ein sechster Betrag wird bereits sozialen Fürsorgzwecken zugewandt. Von der Restanz von 350 Millionen gehen noch 10% für die Ration: ab. Es bleibt also für die Alters- und Invalidenversicherung eine gewisse Anzahl Millionen übrig. Dasselbe wird die Kriegsgewinnsteuer auch für 1918 noch geltend haben.

Walther, Luzern (kath. konf.), betont, daß es sich bei seinem Antrag nur um den Nettoertrag handeln konnte. Dabei können 50-100 Millionen für die Altersversicherung frei werden, wenn die Steuer 1919 wiederholt wird.

Calame, Neuenburg (freil.), protestiert dagegen, daß in reglementarischer Weise eine Diskussion über erledigte Artikel eröffnet werde.

Der Präsident stellt dem Rat anheim, sich für oder gegen Zurückkommen zu entscheiden. Wild, St. Gallen (freil.), stellt den Wiedererwägungsantrag, den er einlässlich begünstigt. Der Rat hat sich über die prinzipielle Frage der Zulässigkeit des Wiedererwägungsantrages ausgesprochen. Strauß, Winterthur (freil.), beantragt die Zulässigkeitsklärung. Mit 78 gegen 34 Stimmen entscheidet der Rat für die Zulässigkeit.

Vicari spricht sich für den Rat mit 65 gegen 65 Stimmen anematischer aus. Der Präsident hat den Vorschlag, im Interesse weitgehender Diskussionsfreiheit entscheidet er sich für Zurückkommen.

Quarab, Waadt (freil.), bestritt die Nichtigkeit der Abstimmung. Er beantragt namentliche Abstimmung über diese Frage. Der Rat verwirft mit 63 gegen 37 Stimmen den Antrag Quarab. Die Diskussion über den Antrag Rothensberger beginnt also zur „Erklärung“ des Postulats nochmals.

Bundesrat Motta teilt mit, daß der Bundesrat wieder einstimmig beschlossen hat, dem Ständerat Festhalten an seinem Beschluß zu empfehlen, aus höheren nationalen Interessen. Die Beschäftigungsformel des Ständerates seien alle zur Eintracht zukommendzuführen. Der Antrag zur Altersversicherung hat diese Eintracht gesperrt. Der Bundesrat ist nach wie vor der Ansicht, daß die Altersversicherung mit der Kriegsteuer nicht zu tun hat. Daher erlucht er auf den Antrag nicht einzugehen. Die Erträge der Konsumsteuer, wovon der Kabaksteuer sollen für soziale Zwecke reserviert bleiben. Die neue Periode darf nicht mit einem Akt der Zurücktracht eingeleitet werden.

men seien. Das Volk habe sich noch nicht geäußert, so daß es keinesfalls angeht, die Versicherung durch den Antrag Rothensberger zu präjudizieren. Er beantragt Festhalten am Ständeratsbeschluß.

St. Bern (freil.) beantragt, die 61 Stimmen (einstimmig) der Antrag Oberst (100 Millionen) dem Antrag Rothensberger (200 Millionen) vorzuziehen und dann in einem möglichen Abstimmung gegenüber dem Antrag Walther vom letzten Freitag mit 78 gegen 71 Stimmen angenommen. Der Antrag Oberst liegt auch über den Antrag Keller.

Witz, Zürich (soz. pol. Gruppe), begründet hier sein Postulat, in den Ausführungsbestimmungen zur Erhebung einer neuen Kriegsteuer die Verpflichtung der Banken zur Kennzeichnung der in ihre Verwahrung gegebenen Kapitale zum Zwecke einer richtigen Heranziehung zur Kriegsteuer vorzuziehen. Der Bundesrat lehnt dieses Postulat ab, ebenso der Rat mit 62 gegen 22 Stimmen. Damit ist die Kriegsteuer erledigt.

Der Rat beschließt und genehmigt noch ohne wesentliche Debatte die Nachtragartikel für 1918, 2. Serie. Der Rat kommt dem Ständerat zu, die Erbschaftsteuer auf den 24. März anzusetzen. (Schluß.)

### Sitzung vom 4. Februar

#### Kautonen der Versicherungsgesellschaften.

In der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit 116 gegen keine Stimme angenommen.

#### Vorschlag der schweizer Eidgenossenschaft (Militärbudget).

Nach dem kurzen Referat des Kommissionspräsidenten Piquet macht Scheurer, Bern (freil.), im Auftrag der Finanzkommission einige allgemeine Bemerkungen. Es ist das erste Budget der Eidgenossenschaft, das zurückgewiesen wurde mit dem Auftrag, der Bundesrat möchte ein wesentlich reduziertes Budget einbringen, gefügt auf die Tatsache, daß inzwischen der Waffenstillstand geschlossen worden ist und deshalb die Militärverhältnisse eine andere Gestalt annehmen werden. Der erste Entwurf sah für das Militärdepartement pro 1918 eine Ausgabe von 54 1/2 Millionen Fr. vor, der neue Entwurf 38 1/2 Millionen. Gegenüber dem Budget von 1918 bedeutet das eine Einsparung von insgesamt 3 1/2 Millionen. Bezüglich der Regiebetriebe können nach Ansicht der Kommission noch weitere Einsparungen erzielt werden. Bezüglich des Militärbudget ist Zurückhaltung am Platze. Im Zukunft muß unser Militärwesen auf neue Grundlagen gestellt werden — wie sie aussehen werden, das kann zur Zeit niemand sagen. Neben erinnert an das Postulat der Finanzkommission bezüglich Ergänzung des Militärbudgets hinsichtlich der Ausgestaltung des Flugwesens und des Motorwagendienstes und betont, daß die Fliegerkräfte eine ungeahnte Entwicklung angenommen haben, die künftig nicht mehr den Verhältnissen des Krieges, sondern den Aufgaben der Zivilisation dienbar gemacht werden soll.

Esquoz, Wallis (kath. konf.), anerkennt den guten Willen, das Militärbudget zu kürzen, macht aber darauf aufmerksam, daß keineswegs alle laufenden Ausgaben im Militärbudget enthalten sind. Das Mobilisationskonto ist keineswegs auf 31. Dezember 1918 abgeschlossen worden, sondern würde am 1. Januar 1919 neu eröffnet.

Wir können uns erst beruhigen, wenn sich der Bundesrat förmlich verpflichtet, das Mobilisationskonto ein für allemal abzuschließen und für die während 1919 außerhalb des vorliegenden Budgets vorgenommenen Militärausgaben den ordnungsgemäßen Nachtragsertrag nachzuschicken. Neben schlägt die Reduzierung folgender Posten vor: Fr. 250,000 für Impedimenten für höhere Offiziere Fr. 97,000 Bureaudeckung Fr. 120,000 für Druckachen, Fr. 500,000 Pferdeausstattung, die um so höher wird als die Zahl der Kurze abnimmt, Fr. 1,022,000 für Offiziersausrüstung, Fr. 4,300,000 für neues Kriegsmaterial, 2 Millionen für neue Festun-

gen, wobei Fr. 400,000 für die Fortwache am Gotthard und Fr. 200,000 für die Wache in St. Maurice etc. hätte der Generalstab hier keine Mithin: vorgebracht, wenn es der Bundesrat energisch verlangt hätte? Die Bundesversammlung sollte durch eine verfassungsrechtliche Uebergangsbekanntmachung dem Bundesrat ermächtigen, die Anwendung der Militärgefesse vorübergehend einzuschränken, bis die ordnungsmäßige Revision eingereicht kann.

Escher, St. Gallen, (soz. Gruppe) ist einverstanden, daß auch wir endlich mit der Abklärung einen Anfang machen. Es lassen sich doch in Bezug auf die Militärbauten Ersparungen erzielen. Man sollte wissen, wie lange die Mobilisation noch aufrecht erhalten wird und wie lange derartige Truppenaufgebote noch erfolgen werden.

Gamma, Uri (freil.), befragt die Schieberei am Gotthard. Auch warnt er vor den Nachteilen, die aus der Abwanderung der Militärarbeiter entstehen.

Mächler, St. Gallen (freil.), sucht das neue Truppenaufgebote zu rechtfertigen. Bundesrat Decoppet: Weitergehende Absprüche können die militärischen Stellen nicht verantworten, da sonst die Armee desorganisiert würde.

Voss, Tessin (freil.), beantragt das Militärbudget um 20 Millionen zu reduzieren. Platten, Zürich (soz.), begrüßt diese Erkenntnis auf Seite bürgerlicher Politiker, möchte aber auf ganz geben und die Militär in eine allgemeine Volkswaffenung umwandeln. Ferner beantragt er, die Offiziere, und Soldaten in Bezug auf den Sold gleich zu stellen und letzteren das Selbstbestimmungsrecht in Form von Soldatenräten zu geben. Da diese Anträge nicht durchgehen würden, begnügt er sich mit dem Verlangen, das ganze Militärbudget zu streichen.

Graber, Neuenburg (soz.), erklärt stumm die Sozialdemokraten Ablehnung des Militärbudgets. Er würde dem Rats die Schuld dafür auf, daß der demokratische Gedanke in der Schweiz aufs schwerste kompromittiert sei. Daher vertraue der Arbeiter nur noch der Gewalt. Im Augenblick, wo überall abgerüstet wird, können wir nicht neue Maßnahmen beschließen und lehnen sie für allemal alle Militärbudgets ab.

Rafschin, Graubünden (freil.), polemisiert gegen Platten und Graber und sagt, daß die Armee ein Instrument zur Aufrechterhaltung der Verfassung und des Geistes in der Schweiz sei. Der Generalstabschef hat gezeigt, daß das Volk mit dieser Auffassung einverstanden sei. Die Extremen in Rußland 3. V. haben sich aller Machtmittel des Skates zur Aufrechterhaltung ihrer Ideen. Rein, del Platten und Graber wäre die Armee ein Mittel des Klassenkampfes. (Neben wendet sich gegen Platten um und spricht lebhaft auf diesen ein.)

Witz, Zürich (soz. pol. Gruppe), wendet sich als „roter Sozialist“ ebenfalls gegen Platten. Er befürwortet das Postulat der Grubler.

Scheurer, Bern (freil.), ist Platten dankbar für die freie Art mit der er sich hier äußert. Platten sagt: geben Sie die Armee in meine Hand, dann bin ich einverstanden, dann wäre er ein Militarist, vor dem sich alle Sabeltafler vertrieben müßten. Die Armee ist das Instrument in den Händen der Inhabanten, die auf dem Wege der demokratischen Einrichtungen vom Volk mit der Führung der Landesgeschichte betraut worden sind.

Bundesrat Motta repliziert auf die Ausführungen Grabers. Zur November habe die Armee die Ordnung nicht gegen das Volk, sondern für das Volk aufrecht erhalten. Neben dankt Graber und Rain, daß sie gegen die Extremen ihrer Partei Stellung nehmen und die Diktatur des Proletariats bekämpfen, die durch den Generalstabschef erreicht werden sollte. Graber greift zu einer längeren Rede aus. Schürder, Waadt (freil.), Daucourt, Bern (kath. konf.), Voss, Tessin (freil.), wenden sich gegen Graber und halten ihm seine maßlose Schrei-

weise in der „Sentinelle“ vor. Der Präsi- dent schließt zum drittenmal, diesmal endgültig die Eintragsdebatte. Aber er hat die Rechnung ohne Kaine gemacht, der in längeren scharfen Ausführungen das Bürgerturn angreift. Wenn die Sozialisten auch in Fragen der Methode ausweichen, so bleibt doch der Klassenkampf das gemeinsame Ziel. Beglückwünschen Sie uns geglättig nicht, sondern seien Sie bitte wenigstens so demokratisch, besseren Volkvertretern Platz zu machen.

Die Debatte ist erloschen. Die Kommission beantragt Eintraten. Keine Nichtentretten. Diesem Antrag schließt sich Platten an, indem er sich für später ein Postulat vorbehält. Mit 132-11 Stimmen wird Eintraten beschlossen. Der Antrag Vossi wird mit 101 gegen 18 Stimmen abgelehnt.

### 24 Stunden zu spät.

Der Ausbruch der nationalräthlichen Debatte über die Konfession eines Fonds von 200 Millionen für die zu gründende Alters- und Invalidenversicherung hat bereits politischen Aktionen außerhalb des Parlamentes gerufen. Die Radikalen von Basel haben noch am gleichen Tage eine Aktion beschlossen, um den Antrag Rothensberger auf dem Wege der Initiative durchzuführen.

Es ist kein Zweifel! Die Alters- und Invalidenversicherung soll ein Propagandamittel werden für die Erneuerungswahlen in den Nationalrat im kommenden Herbst. Anders kann man das Fieber kaum erklären. Und nun kommen die Sozialdemokraten. Am Tage nach dem in Basel die Lancierung einer Initiative beschlossen worden war, schreibt die „Berner Tagwacht“ (vom 31. Januar): „Eins hat die Debatte mit aller Deutlichkeit gezeigt: die Alters- und Invalidenversicherung ist unrentabel. Der Weg ist offen. Eine nächste Aufgabe der Partei wird sein, die Initiative mit dem Verfassungsausschuß zu lancieren, und zwar für die Alters- und Invalidenversicherung im Zusammenhang mit den Kriegsteuern. Albons-y!“

Die Sozialdemokraten wollen also das gleiche Geschäft machen wie die Radikalen, nur kommen sie — 24 Stunden zu spät. Wo hinaus die ganze Kampagne zielt, offenbart ebenfalls der erwähnte Artikel der „Tagwacht“, die schreibt: „Je höher Beiträge die Kriegsteuer aufrufen muß, desto länger wird sie in Kraft bleiben und um so wahrscheinlicher zur dauernden Einrichtung. Damit aber ist nicht mehr und nicht weniger verwirklicht als die verpönte, mit aller Energie bekämpfte sozialistische Bundessteuer.“

In der Tat wird die Initiative Rothensberger nichts anderes sein als ein Mittel, um die Dauer der Kriegsteuer auszudehnen und sie zur bleibenden direkten Bundessteuer zu machen. Das Postulat einer Alters- und Invalidenversicherung ist von allen Parteien unterkühlt. Ein Sturm auf diese heißt offene Türen einrennen. In Wirklichkeit geht es aber hier wieder um die direkte Bundessteuer. — Lassen wir uns gewarnt sein!

### Die Pariser Konferenz.

Diplomatische Lage. Die Vertreter der Großmächte trafen am Montag nachmittag im Quai d'Orsay zusammen. Sie ernannten eine Sonderkommission, die die rumänischen Forderungen zu prüfen hat. Andre Tardieu, Delegierter an der Konferenz und La Roche, Unterdirektor für die europäischen Angelegenheiten an der politischen Leitung werden Frankreich vertreten. Sie bezeichnen weitere Delegierte, die nach Vosen entsandt werden sollen, um die Einhaltung des zwischen den Völkern und Tschecho-Slowaken wegen der Befreiung von Tschschan vereinbarten Abkommens zu überwachen. Die französische Regierung wählte den früheren französischen Konsul in Warschau, Bellet.

umfassen: 1. Kordepiras und Südbalkanien, 2. Erazien, 3. Konstantinopel. Für den Fall, daß diese Stadt nicht Griechenland zufallen sollte, beantragt Benizelos die Internationalisierung unter dem Protektorat des Völkerbundes. 4. Die Insel des Dodekanes, 5. die Insel Cypern, 6. Kleinasien, die westlichen Provinzen ein Teil des Vilajets Brussa und des Vilajets Adin, sowie den Hafenplatz Smyrna. Armenien mit dem Vilajet Trapezunt und Abana sollen einen besonderen Staat bilden, dessen Verwaltung einer vom Völkerbund zu bezeichnenden Großmacht zu übertragen sei.

Die Schädenerforschungsmission, die Kommission für die Feststellung der Verantwortlichkeiten und die Hafen-Schiffahrts- und Eisenbahnkommission haben die Arbeiten begonnen. Krieg, Leasing und Credit wurden zu Präsidenten dieser Ausschüsse ernannt.

**Wünsche für die Ausgestaltung des Völkerbundes.**

Paris, 4. Febr. ag. (Savas.) Außer dem Text, der als Grundlage zum Aufbau des Völkerbundes dienen soll, hatten die Vertreter der alliierten Verbände den Regierungskleitern eine Reihe von Wünschen vorgebracht, die am Montag nachmittag in der Kommission für Völkerbund verlesen wurden. In diesen Wünschen wird verlangt: Der Friedensvertrag darf keine Verfügung enthalten, die den von Wilson dargelegten 14 Punkten widerspricht. Der Völkerbund soll ein Wächter des internationalen Friedens sein und er soll sich auch in der sozialen Frage betätigen, und es sich zur Aufgabe machen, alle menschlichen Arbeitsbedingungen zum Allgemeinwohl der Welt zu machen. Andere verlangen ein internationales Bureau für die Arbeit, das beauftragt ist, sich mit allen sozialen Nachforschungen zu befassen und die Ausbildung der internationalen Arbeiterschutzesorgungen, die Überwachung und Einsetzung einer internationalen Arbeiterkonferenz die zur Aufgabe hat, die Arbeitergesetzgebung dem modernen Leben anzupassen, die Einsetzung einer internationalen Unterrichtsmission. Eine andere Kategorie von Wünschen bezieht sich auf die Befreiung der Kämpfer, auf die Festsetzung der militärischen Kräfte zu Wasser und zu Land, auf ein Ab- - das es möglich macht, Stellung zu nehmen gegen allfällige Angriffe von Staaten, die vom Völkerbund ausgeschlossen sind oder gegen seinen Entschluß verstoßen; auch das Verbot gegen den Verkauf von Waffen und Munition und das Verbot gegen die Herstellung von Munition in Privatbetrieben. Diese Reihe von Wünschen erhielt die allgemeine Zustimmung, aber nicht die einstimmige. Die Delegation der Vereinigten Staaten hat kein Mandat, diese Frage zu behandeln.

**Wilson in der französischen Kammer**

Paris, 4. Febr. ag. (Savas.) Die Kammer empfing in feierlicher Weise den Präsidenten Wilson, der von Vichon, Dechanel, Clemenceau u. Dubost begleitet war. Dechanel hielt die Lobrede auf Amerika und Wilson. Wie dieser Krieg nicht nur wie ein anderer, so dürfe auch dieser Friede nicht den anderen gleichen. Die Schuldigen müssen gestraft werden. Deutschland dürfe nicht mehr im Stande sein, Frankreich zu bedrohen. Wir müssen die Rückkehr der Barbaren bekämpfen und eine schönere Zukunft vorbereiten. Wilson antwortet, die Zeit der Gefahr sei vorüber, keine Drohung sei in Aussicht mehr möglich, ohne daß sich nicht die ganze Welt erheben würde. Er könne nicht zugeben, daß sich noch einmal wiederhole, was geschehen sei. Die Kräfte der ganzen Welt werden in Zukunft die Sicherheit Frankreichs garantieren. Wir sind die Freunde und Verteidiger Frankreichs und bleiben an Frankreichs Seite, damit die Welt frei sei. Wilson kam lebhaften Beifall durch seine Ansprache, worauf die Sitzung aufgehoben wurde.

**Spartakus-Putsch gegen Weimar.**

Eisenach, 4. Febr. ag. Am gestrigen Nachmittag lief die Strene der Färberfabrik die Arbeiter herein. Es wurden Leute zur Verstärkung der Wache gefordert. Gegen 10 Uhr abends ging ein Transport von ca. 100 Bewaffneten, selbst Frauen und Zivilisten, mit der Parade: „Gegen Ober-Scheidemann und gegen die Gardebrigaden in Weimar“, ab. Von Gotha aus, wo seit Wochen die U-Sozialisten Waffen an ihre Anhänger verteilten, setzten sich ebenfalls in hergestellten Hunderten von bewaffneten Zivilisten und Soldaten mit drei Maschinengewehren in Marsch. Trupp von Regierungsveteranen wurden unterwegs entwischt.

Der U. S. N. des U. Armeeoberkommandos hat in Erfurt und Eisenach das Telegraphen- und Fernsprechnetz besetzen lassen. Die Zensur über den Telegraphenverkehr nach Weimar wird so scharf ausgeübt, daß überhaupt kein Telegramm durchkommen kann, das mit der Regierung oder der Nationalversammlung irgendwie zusammenhängt. (Frankf. Stg.)

**Internationale Sozialistenkonferenz**

1. Sitzungstag.  
Nach der Eröffnungssprache Brantings (siehe Seite 1. Nummer), die er mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit zur Sammlung schloß, damit die Arbeiterklasse sich Geltung verschaffen könne, sprach Thomas (Frankreich).

Die Vertrauens- und Schulfrage.  
Der Arbeiter will an der Friedenskonferenz gehört werden, sagte er. Dafür ist aber eine gemeinsame Aktion nötig, die aber nur dann die durchschlagende Kraft besitzt, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt sind. Als solche nennt Thomas die Vertrauensfrage zwischen den Mitgliedern der Internationale. Das führt ihn dazu, die Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten zu kritisieren, welche Kriegskredite bewilligt und gegen die Friedensverträge von Versailliers und Bukarest nichts unternommen hätten.

Der Arbeiter will an der Friedenskonferenz gehört werden, sagte er. Dafür ist aber eine gemeinsame Aktion nötig, die aber nur dann die durchschlagende Kraft besitzt, wenn gewisse Vorbedingungen erfüllt sind. Als solche nennt Thomas die Vertrauensfrage zwischen den Mitgliedern der Internationale. Das führt ihn dazu, die Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten zu kritisieren, welche Kriegskredite bewilligt und gegen die Friedensverträge von Versailliers und Bukarest nichts unternommen hätten.

Die deutschen Sozialisten haben zwar die 14 Punkte Wilsons angenommen, aber ich frage sie: Habt Ihr euch nur unter dem Druck der Waffen zu diesem Programm bekannt oder tut ihr es aus Überzeugung? Die Internationale muß in diesen Fragen ihr Urteil sprechen. Darum muß zuerst die Frage der Verantwortlichkeit erörtert werden und 2., da es in Frankreich Genossen gibt, die uns derselben Haltung zeigen, wie Ebert und Scheidemann, so muß die Internationale Stellung nehmen zu der Haltung dieser Genossen, die eine schematische revolutionäre Agitation betreiben ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse oder die Gefühle der Volksgenossen. Mit andern Worten, es muß die Internationale Stellung nehmen zum Bolschewismus. Albert Thomas beantragt infolgedessen zur Tagesordnung folgende Resolution: Die internationale sozialistische Konferenz in Bern, in Erwägung, daß der Weltzusammenbruch, der durch die bewakte Aktion einiger Männer der ganzen Welt aufgezwungen wurde, und dazu führte die ganze Zivilisation in Blut untergehen zu lassen.

In Erwägung andererseits, daß alle Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden in der Hoffnung beruht, die Gesellschaft der Nationen zu bilden, und daß es keine Gesellschaft der Nationen geben kann, die sich nicht auf das Vertrauen der Völker stützt, und daß das internationale Vertrauen auf ewige Zeit kompromittiert bleiben würde, wenn die Regierungen, die es verletzt haben, der Bestrafung für das Verbrechen sich entziehen könnten, und wenn die Sozialisten, die sich zu Maßnahmen dieser Regierungen gemacht haben, nicht aus der Internationale ausgeschlossen würden, beschließt, die Frage der Verantwortlichkeit der Regierungen an der Schuld am Kriege, sowie an der Verletzung der Neutralität, die unter die Garantie Europas gestellt war, an die Spitze der Tagesordnung zu stellen, sowie die Frage der Verantwortlichkeit der Sozialisten, die darin verwickelt sind.

Andererseits erachtend, daß die Zukunft des Sozialismus in der Welt mit der größten Gefahr bedroht wird durch die neuen Tendenzen, genannt Bolschewismus, beschließt die Konferenz als 2. Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, die Rolle der Demokratie in der Wiederaufrichtung der sozialen Ordnung.

**Gruß an die Revolutionen.**  
Branting eröffnete abends 8 Uhr die Abend Sitzung der sozialistischen Konferenz. Als erster ergriff das Wort Wiktra (Frankreich), der erklärte, daß die frühere sozialistische Minderheit und jetzige Mehrheit der französischen sozialistischen Partei ebenfalls der Meinung ist, daß die Verantwortlichkeitsfrage an der Konferenz diskutiert wird, da zweifellos diese Verantwortlichkeiten vorhanden sind und festgestellt werden können; aber damit muß aber werden, daß die Sozialisten aller Länder alles talent, um den Krieg zu verhindern. Die Internationale muß versuchen, möglichst großen Einfluß auf die Pariser Konferenz zu gewinnen. Die in den verschiedenen Ländern ausgebrochenen Revolutionen sollen in ihrer Gesamtheit gewürdigt und die revolutionäre Idee als Ganzes betrachtet werden. Die Internationale darf in diesen Revolutionen keine Unterscheidung machen, und deshalb muß die Konferenz als erstes ihren Gruß an die russische und deutsche Revolution senden. Nach der Auffassung des Redners müssen drei Fragen behandelt werden, nämlich 1. Die Verantwortung am Kriege, 2. der Inhalt des Friedens und 3. die durch die Revolution geschaffenen Zustände.

**Stellung der deutschen Mehrheitssozialisten.**  
Als zweiter Redner ergriff Weß, Berlin (deutsche Mehrheits-Partei), der eine Zeit lang nach der Revolution Kommandant von Berlin war, das Wort, indem er erklärte, daß die deutschen Sozialdemokraten freudigen Herzens nach Bern gekommen sind, um sich hier für immer abzuwenden von der furchtbaren Vergangenheit des Krieges. Die deutschen Mehrheitssozialisten sind bereit, der

Schuldfrage nicht aus dem Wege zu gehen, aber der zweite Teil der Resolution von Albert Thomas kann nicht zur Aufrichtung der Internationale dienen, da er die Majorität der deutschen Sozialdemokratie ausschließen will. Statt der Schulfrage, die die deutsche Sozialdemokratie bereits entschieden hat, indem sie ihre Landesväter zum Tausel schickte, muß die Frage diskutiert werden, wie die Internationale wieder geschaffen werden kann. Der Redner schilderte sodann, wie die deutsche Sozialdemokratie alles tat, um die Kriegserklärung Deutschlands zu verhindern. Nachdem aber die Entscheidung einmal gefallen war, mußte auch die deutsche Arbeiterschaft das Land verteidigen, das durch die russische Invasion bestraft war. Daß die russische Gefahr tatsächlich existierte, beweisen die 400.000 deutschen Staatsangehörigen, die angefaßt der russischen Invasion das Flüchtlingselend auf sich nehmen mußten. Die deutsche Sozialdemokratie mußte in dem Kampf, den das ganze deutsche Volk als einen Verzweiflungskampf gegenüber einer Welt von Feinden betrachtete, als größte Volkspartei zum Vorschein kommen.

Die deutsche Mehrheitspartei war immer der Meinung, daß Deutschland in diesem Kampfe unterlegen werde, aber die Partei durfte nicht den Vorwurf auf sich ziehen, daß, wenn Deutschland zusammenbrach, sie daran die Schuld getragen hätte. Den Einmarsch in Belgien und die dortige deutsche Kriegsführung, sowie die Angriffe auf London hat die Mehrheitspartei immer verurteilt.

An die Engländer gewandt schilderte der Redner sodann das Elend, das infolge der Hungerplünder besonders die deutsche Arbeiterschaft in den großen Städten erlitt, und erklärte, daß dieses Elend eine der schärfsten Klagen gegen die Kriegsführung der Entente bedeute. 700.000 deutsche Frauen, Kinder und Greise seien an dieser Hungerplünder zugrunde gegangen.

Was die Verantwortung am Kriege betreffe, habe die Partei sofort nach der Uebernahme der Macht die Schuld der deutschen Regierung festgesetzt, ohne dabei aber vergessen zu können, daß der Zar in Rußland und gewisse Leute in Paris ebenso wenig als weiße Aushuld zu betrachten seien.

Während die deutschen Sozialisten gezwungen waren, ihr Volk gegen den russischen Imperialismus zu verteidigen, übten die französischen Sozialisten den größten Druck aus auf Kerensky's Regierung, um in Rußland den Krieg gegen Deutschland weiterzuführen. Die Erfolge Thomas in Rußland sind bekannt. Sie führten letzten Endes zum Bolschewismus, wofür Thomas die Verantwortung trägt. Die französischen Sozialisten können nicht verhindern, daß man uns die entsetzlichsten Friedensbedingungen auferlegen will, und daß man uns die Transportmittel und die landwirtschaftlichen Maschinen genommen hat, so daß wir auf das Grausamste hungern müssen. Redner schließt mit der Versicherung, daß die deutschen Sozialisten dieselben geblieben sind und er fordert die Entente-Sozialisten auf, den Beweis zu geben, daß sie ebenfalls dieselben geblieben sind. (Beifall.)

Der nächste Redner, der Franzose Renaudel wiederholt die Vorwürfe gegen die Mehrheitssozialisten, die 1914 und nicht erst nach dem Kriege die Schulfrage hätten aufwerfen sollen. Am 1. August 1914 verließerte der deutsche Sozialist Müller in Paris, die deutschen Sozialisten würden die Kriegskredite nicht bewilligen. Die franz. Sozialisten mußten darauf ihrer Regierung die Kredite umso eher bewilligen, als sie feststellen konnten, daß die französische Regierung keine unmittelbare Verantwortung am Kriege ausdrücke traf. Darüber haben die französischen Sozialisten die Verbrechen des Kapitalismus und den Appetit nach Kolonialbesitz der imperialistischen Regierungen nicht vergessen, wofür sie heute den Beweis erbringen, indem sie gegen die in Paris zu Tage tretenden imperialistischen Tendenzen ankämpfen.

Redner geißelte sodann den unterläufigen Geist der deutschen Sozialisten. Diese politische Unfähigkeit der deutschen Sozialdemokratie ist eine Tatsache, mit der die Internationale rechnen muß. Gewiß haben die deutschen Mehrheitssozialisten ihre Revolution gemacht, aber Nichts ist durch diese Revolution geübt worden.

Renaudel schließt, indem er nochmals betont, daß die Verantwortlichkeitsfrage von größter moralischer Bedeutung ist für die Internationale und hofft, diese Ansprache werde die Konferenz wertvoll machen. Er schließt: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“

An der Eröffnungssitzung der internationalen Sozialistenkonferenz wohnten als Gäste bei die Nationalräte Raine und Grader, ferner als Vertreter der Gräbner, Nationalrat Knechtow. Submans erwähnte bei der Aufzählung der Konferenzteilnehmer unter Fehlleist der Versammlung, daß zwei große Organisationen nicht daran teilnahmen, nämlich die belgische Arbeiterpartei, weil sie

die Konferenz als zu sehr nach links orientiert betrachtet und andererseits die Schweizerische sozialdemokratische Partei, weil ihr dieselbe zu sehr nach rechts orientiert sei.

Paas, der Vertreter der U. Sozialisten ist, wird morgen wieder nach Deutschland verreisen, um an der Nationalversammlung teilzunehmen.

**Ausland**

Die endgültigen Wahlergebnisse für die deutsche Nationalversammlung. Berlin, 4. Febr. ag. (Wolff.) Die endgültigen Ergebnisse der Wahlen vom 19. Januar: Nach den endgültigen Feststellungen der Wahlkommissare haben an Sitzen erhalten: Die deutschnationale Volkspartei, einschließlich der bayerischen Mittelpartei, der nationalliberalen Partei Bayerns, der württembergischen Bürgerpartei und des württembergischen Bauern- und Weingärtnerbundes 42, die deutsche Volkspartei 21, die christliche Volkspartei, einschließlich der bayerischen Volkspartei und der katholischen Volkspartei 20, die deutschnationalistische Partei, einschließlich der deutschen Volkspartei in Bayern, 75. Die Sozialdemokraten 168, der bayerische Bauernbund 4, die U-Sozialisten 22, die schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie 1, der braunschweigische Landvolksverein 1, die deutsch-hannoversche Partei 4, zusammen 421 Sitze.

Für den deutschen Staatsausfluß delegierte der Österreichische Staatsrat, ferner die Nationalversammlung den Ausschluß an Deutschland beschließt, den Berliner Gesandten Ludw. Garmann, einen sog. Juden.

Die staatliche Jugendbrigade Kärntens. Klagenfurt, 4. Febr. (W. N. B.) Vom Preßendienst des Länderausschusses wird mitgeteilt: Bis 2. Februar abends langten von 31 der im strittigen Gebiet liegenden Gemeinden Zustimmungserklärungen zum Ausschluß Kärntens an die deutschösterreichische Republik ein. Das bisherige Ergebnis der Volksabstimmung in 27 deutsch- und gemischtsprachigen Gemeinden des von den Südslaven besetzten Gebietes beläuft sich für Deutschösterreich auf 15,233 und für Jugoslawien auf 176 Stimmen.

Zum Nachfolger Generalmajors von Winterfeld als Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission in Spa, ist General Freiherr von Haberlein z. J. Abschnittskommandant in Avesl ernannt worden. (Wolff.)

Totentafel. ag. München, 4. Febr. Die frühere Königin von Bayern, Marie Theresia, ist gestern abends 6 Uhr 45 am Schloß Wilhelmsbad sanft verschieden.

**Der Verbrüderungsvertrag mit Rumänien.**

Paris, 4. Febr. ag. (Savas.) Der „Temp“ veröffentlicht den Text des Verbrüderungsvertrages zwischen Frankreich, England, Rußland und Rumänien geschlossen wurde. In diesem Vertrag verpflichtet sich Rumänien Österreich-Ungarn 8 Tage nach der Salonika-Offensive anzugreifen und die Frage stehenden Mächte erkennen Rumänien das Recht zu, die vom Vertrag abgegrenzten Gebiete Österreich-Ungarns zu annektieren.

**Wichtige Meldungen.**

Rom, 4. Febr. ag. (Stefani.) Die das „Giornale d'Italia“ erfährt, belieben sich die militärischen Ausgaben Italiens im ganzen auf 48,482,000,000 L. für Meer und Marine.

Bilan, 4. Febr. ag. (Wolff.) Die finnischen Truppen, die von Jorpat aus südwärts vorgehen, haben die Stadt Wail genommen. Dagegen haben die roten Truppen in Hurland die Hafenstadt Windaus besetzen können.

New York, 4. Febr. ag. (A. S.) Der Schiffdienst zwischen New York und Le Havre, der zu Kriegsbeginn eingestellt wurde, ist am Samstag wieder aufgenommen worden.

Randverbe hat als Präsident des internationalen sog. Bureau befähigt, da die belgische Arbeiterpartei nicht an der Berner Konferenz teilnimmt.

Die höchsten Farbwerte sind von den Franzosen besetzt worden.

**Schweiz**

Personalverbände. ag. Die Hauptversammlung des Personalverbandes der Stadt Bern fasste eine Resolution, in der sich Einspruch erhoben wird gegen das Vorgehen von Staatsrat Wuliy in Freiburg, der das Personal der Freiburger Staatsbank nötigte, aus dem schweizerischen Personalverband auszutreten, unter der Androhung, daß widrigenfalls keine Gehaltsrevision vorgenommen würde.

Feuersbrunst. Montag morgen brach etwas nach 4 Uhr in einem Hause an der Dufourstraße in Biel Feuer aus, das sich mit rasender Schnelligkeit über den ganzen Dachboden verbreitete. Den Bewohnern des obersten Stockwerkes war es kaum möglich, das nackte Leben zu retten. Zwei Stockwerke sind vollständig zerstört. Auch die darunter liegenden Wohnungen und die sich im Erdgeschob befind-

nischen Bureau der... litten und sie mußten werden.

**Basler**

Verhandlungen  
Sitzung von  
Der Staatsrat ern...  
Freiburg und Gen...  
Liegenschaften und let...  
ner Brückenstraße.

Schweiz. National-So...  
ciar weballe für di...  
Die Schweizer haben...  
gessen, welche Hilfe...  
Regierung der Bern...  
in einem der kritisch...  
krieges gebracht haben...  
welches tief in der Gef...  
blüten eingegraben sei...  
rung festzuhalten, hat...  
Genf ein Komitee geg...  
dem Herrn Präsidenten...  
der Dankbarkeit eine...  
Herr Bundespräsident...  
das Ehrenpräsidium z...  
Die Vorwesenheit d...  
Wilson in Europa h...  
laßt, unverzüglich ein...  
einzuwickeln, um ihn...  
zu übergeben, welche...  
mit einer Medaille ge...  
gung, darstellt. Die...  
Wilschauer's Hans Fre...  
Das Komitee wünsch...  
lung wahrhaft ben...  
demonstration trägt...  
sicht, die gleiche Med...  
Dimensionen, in Silb...  
len zu lassen, damit...  
kann. Die Medaille in...  
diejenige in Bronze...  
Sollte der Betrag...  
Verkaufes den Kosten...  
so würde der Ueberse...  
Nationalspende für di...  
Das Freiburger Kom...  
stellen für die Stadt...  
Apotheken und Ziga...  
wo Zeichnungslisten...  
früherer Medis in den...  
wird die Zeichnung...  
bekannt geben.

Das Komitee hofft...  
Medaille anschaffen...  
eine der schönsten...  
Schweiz in diesem...  
hat.

Im Namen des Komite...  
B. Rebh.

Büdingen.  
Hier wurde am le...  
getragen die 77-jähr...  
30 ffo.

Die Verstorbenen stan...  
in Uebewill während...  
Bierzig Jahre Wagn...  
mitte! Das ist eben...  
für ihre Dienstherren...  
auf Erden kein ander...  
und arbeiten. Ihre...  
schaff wir sie in Biel...  
ganz mit ihr verwa...  
genossen, wozu auch...  
ten ehemals zählte...  
wohlwollende, dien...  
mariterin. Wohl vo...  
dienften legte das gu...  
tag sein mildes Han...  
nieder.

„Gerr, gib ihr die...  
ihre ins Grab hinein...  
so rief ihr ins Grab...  
lige Hausgenosse, de...

Wohlfühlhülle.  
Zeit einem Jahr...  
von Freiburger wiede...  
von unangeleglicher...  
feiten festgestellt wor...  
den Uebelkater“ aus...  
Angefallte waren er...  
Vergangenen Freit...  
gehilfe P. W. ertapp...  
fachen Zettlungen...  
wurde so auf ihn ge...  
verhaftet und eine...  
welche eine Masse...  
genüßenden, namentl...  
an den Tag beschr...  
Summe von 2000...  
und Gold, sowie ei...  
Fr. bei ihm vor, ho...  
Selbst ihm gehöre...  
weit.

Zeigenfand.  
Im Walde von...  
man an einem Ba...  
des 14-jährigen Ge...  
am 18. November...  
verschunden war...  
eingeliefert.

als zu sehr nach links orientiert und andererseits die schweizerdemokratische Partei, weil ihr nach rechts orientiert sei.

**Ausland**

Die Wahlergebnisse für die Nationalversammlung. Berlin, (Wolff.) Die endgültigen Ergebnisse vom 19. Januar 1919. Die Freiwirtschaftlichen, die christlichen Volkspartei, die christlichen Volkspartei, die christlichen Volkspartei, die christlichen Volkspartei...

Der Vertrag mit Rumänien. 4. Febr. ag. (Gawaz.) Der Vertrag mit Rumänien, der zwischen Frankreich, England und Rumänien geschlossen wurde...

Die deutsche Mobilmachung. Wie das „Italia“ erfährt, belassen sich die Ausgabestellen im ganzen Lande auf 100,000 L. für Meer und Marine.

Die deutsche Mobilmachung. Wie das „Italia“ erfährt, belassen sich die Ausgabestellen im ganzen Lande auf 100,000 L. für Meer und Marine.

Die deutsche Mobilmachung. Wie das „Italia“ erfährt, belassen sich die Ausgabestellen im ganzen Lande auf 100,000 L. für Meer und Marine.

Die deutsche Mobilmachung. Wie das „Italia“ erfährt, belassen sich die Ausgabestellen im ganzen Lande auf 100,000 L. für Meer und Marine.

Die deutsche Mobilmachung. Wie das „Italia“ erfährt, belassen sich die Ausgabestellen im ganzen Lande auf 100,000 L. für Meer und Marine.

Die deutsche Mobilmachung. Wie das „Italia“ erfährt, belassen sich die Ausgabestellen im ganzen Lande auf 100,000 L. für Meer und Marine.

Die deutsche Mobilmachung. Wie das „Italia“ erfährt, belassen sich die Ausgabestellen im ganzen Lande auf 100,000 L. für Meer und Marine.

nischen Bureau der Publicitas haben stark gelitten und sie mussten vollständig geräumt werden.

**Kanton Freiburg**

Verhandlungen des Staatsrats. Sitzung vom 1. Februar.

Der Staatsrat ermächtigt die Gemeinden Freiburg und Grenchen zum Anbau von Liegenschaften und letztere zur Errichtung einer Brückenbrücke.

Schweiz. National-Zeichnung zur Schaffung einer Medaille für die Vereinigten Staaten.

Die Schweizer haben und werden nie vergessen, welche Hilfe ihnen das Volk und die Regierung der Vereinigten Staaten Amerikas in einem der kritischsten Momente des Weltkrieges gebracht haben.

Die Vorarbeiten des Herrn Präsidenten Wilson in Europa hat das Komitee veranlaßt, unverzüglich eine öffentliche Zeichnung einzuflechten, um ihm eine Medaille in Gold zu übergeben, welche den amerikanischen Adler mit einer Leuchtblume des Ozean überfliegend darstellt.

Das Komitee wünscht aber, daß diese Gedenkmedaille den Charakter einer Volksdemonstration trägt. Es hat daher die Absicht, die gleiche Medaille, aber in kleineren Dimensionen, in Silber und Bronze herstellen zu lassen, damit jeder dieselbe anschaffen kann.

Das Komitee hofft, daß ein jeder sich diese Medaille anschaffen wird, als Erinnerung an eine der schmerzhaftesten Stunden, welche die Schweiz in diesem Weltkriege durchgemacht hat.

Im Namen des Komitees des Kantons Freiburg: J. Aebly, Präsident de Boccard.

Die Verlobung. Hier wurde am letzten Montag zu Grabe getragen die 77-jährige Dienstmagd Elise Zoffo.

Die Verlobung. Hier wurde am letzten Montag zu Grabe getragen die 77-jährige Dienstmagd Elise Zoffo. Die Verlobung stand bei der Familie Widly in Uebemul während 40 Jahren im Dienste. Bierzig Jahre lang bei der nämlichen Familie! Das ist ebenso ehrenvoll für sie, wie für ihre Dienstherrin. Das „Lif“ konnte auf Erden kein anderes Vergnügen als bereit und arbeiten. Ihrer wohlwollenden Herrschaft war sie in Liebe und Treue zugeban, ja ganz mit ihr verwachsen. Gegen alle Hausgenossen, wozu auch der Schreiber dieser Zeilen ehemals zählte, erwies sie sich als eine wohlwollende, dienfertige, harmherzige Samariterin. Wohl vorbereitet, reich an Verdiensten legte das gute „Lif“ am letzten Freitag sein milbes Haupt zum Todeschlummer nieder.

„Herr, gib ihr die ewige Ruhe!“ so rief ihr ins Grab hinein ihre dankbare Herrschaft; so rief ihr ins Grab hinein auch jener ehemalige Hausgenosse, den sie so oft bewirtet hat.

Wohltätigkeit. Seit einem Jahre war auf der Hauptpost Freiburg wiederholt das Verschwinden von uneingeschriebenen Wertbriefen und Paketen festgestellt worden, ohne daß es gelang, den Übeltäter ausfindig zu machen.

Wohltätigkeit. Seit einem Jahre war auf der Hauptpost Freiburg wiederholt das Verschwinden von uneingeschriebenen Wertbriefen und Paketen festgestellt worden, ohne daß es gelang, den Übeltäter ausfindig zu machen. Mehrere Angestellte waren ergebnislos verhört worden. Vergangenen Freitag wurde der Bureauhilfsgehilfe W. M. ertappt, als er sich aus dem Postfach den Briefen aneignete. Der Verdacht wurde so auf ihn gelenkt. Der Diebstahl wurde verurteilt und eine Hausarrest-Vorgeschichte, welche eine Masse von verschwundenen Gegenständen, namentlich 25 Uhren mit Ketten an den Tag beförderte. Auch fand man eine Summe von 2000 Fr. in Banknoten, Silber und Gold, sowie ein Sparbüchlein von 1500 Fr. bei ihm vor, doch behauptete W., daß das Geld ihm gehöre. Die Untersuchung geht weiter.

Religion. Im Walde von Chablais bei Sugiez fand man an einem Baum hängend die erfrorene und von den Wölfen halb zerfressene Leiche des 14-jährigen Heinrich Wäpfi aus Bern, der am 18. November abhin aus dem Eisenbahnvergnügen war. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

**Neueste Meldungen**

Mittwoch, 6 Uhr morgens.

**Internationale Sozialistenkonferenz**

II. Sitzungstag.

Bern, 4. Febr. ag. Submans teilte mit, daß neue Delegierte aus Spanien, Italien und Österreich eingetroffen sind, jedoch heute insgesamt 23 Länder mit 88 Delegierten vertreten sind. Als erster Redner ergriff das Wort Kurt Eisner, bayr. Ministerpräsident.

Der eingangs feststellte, daß er aus den Reden der französischen Genossen weniger Anklagen und mehr Klagen gehört habe und das tiefste Bedürfnis, daß aus der ersten Zusammenkunft der Internationale der Anfang eines neuen Völkerbundes hervorgehen möchte. Er anerkennt die Notwendigkeit, daß zwischen allen Genossen Klarheit herrsche.

Das deutsche Volk braucht eine einheitliche Sozialdemokratie, um die ungeheuren Schwankungen dieser Zeit ertragen zu können. Eisner meint, Deutschland müsse vor der Internationale seine Schuld dadurch sühnen, daß es auf dem Wege zum Sozialismus voranschreite. Von der Revolution sprechend sagte er, daß nirgends in der Welt der Drang der Massen so groß ist wie in Deutschland, die neue Volksherrschaft in sozialistischem Sinne anzubauen.

Der Sieg der deutschen Mehrheitssozialisten bei den Wahlen hat für Eisner keine Bedeutung, die Massen kümmern sich nicht um Spaltungen, sie stimmen einfach sozialistisch, weil die Sozialisten die Regierung und Fürsten zu Fall gebracht hätten.

Sodann polemisierte Eisner gegen Weis, dessen Ausführungen unklar gewesen seien. Er selber will die Schuld der deutschen Regierung schon nach dem Erscheinen des ersten Weisbuchs erkannt haben. Man könne während des Krieges nie die volle geschichtliche Klarheit über die Kriegsschuld gewinnen.

Es steht fest, daß der Krieg von einer Horde größtenteils ungenutzter Militärs, die verbündet waren mit Schwerindustriellen, Kapitalisten und Fürsten, gemacht worden ist und zwar ohne jede politische Voraussicht und ohne jede militärische Einsicht, welches Mittel sich leicht erklärt, wenn man weiß, daß gewisse deutsche Militärschreiber die Meinung vertreten, daß Deutschland den Sieg in wenigen Tagen oder Wochen erringen müsse.

Eisner behauptet, richtige Revolutionäre hätten die Pflicht, die Verbrecher des alten Systems schonungslos aufzudecken, da nur so eine neue Internationale zustandekommen kann. Die Mehrheitssozialisten hätten mitgeholfen, Deutschland in den Abgrund zu werfen. Das arme deutsche Volk hat nichts mit dem Verbrechen seiner Herrschenden zu tun, da es durch ein Lügenystem verhindert war, die Wahrheit zu erkennen.

Nachdem es keine Fürsten babonjagelt, die Regierung gestürzt, die Demokratie hergestellt und im Begriffe ist, den Sozialismus zu schaffen, hat es das Recht, mit den andern Völkern gemeinsam am Aufbau des neuen Welt zu arbeiten und es darf nicht geschehen, daß man ihm die Freiheit nimmt; und daß man es zum Schuldknecht fremder Kapitalisten erniedrigt. Dieses deutsche Volk hat im Kampf gegen den Krieg mehr Opfer verloren, als irgend ein anderes Volk. Dafür sind Zeugen die tausende im Justizhaus Schwachkenden. Darum ist auch die deutsche Revolution nicht das Werk des Zusammenbruchs, sondern das Ergebnis einer im Willen unermüdetlich vorwärtsdringenden Arbeit, die gerade dann einsetzt, als militärisch Deutschland scheinbar auf der Höhe der Macht stand, wie das die gesamtamerikanischen Streikbewegungen im Januar 1918 beweisen.

Wieder, Mehrheitssozialist, Mitglied des deutschen Parteivorstandes, nimmt Stellung zu den persönlichen Angelegenheiten auf ihn durch Renaudel, sowie zu den Angriffen Eisners auf die mehrheitssozialistische Partei. Redner glaubt fest an die Wiederherstellung der deutschen Partei, ebensowenig an den Wiederaufbau der Internationale. Weis hat mit keinem Wort das alte System verteidigt und wir lehnen jede Verantwortung für dieses alte System ab. Alle Regierungen sind verantwortlich am Kriege, besonders auch an dessen Ausbruch. Wir haben keine Ursache, den deutschen Imperialismus zu vertheidigen, aber so einfach liegen die Dinge nicht. Ohne Weismann-Hollweg vertheidigen zu wollen, muß doch festgestellt werden, daß dieser in bezug auf den Ausgang des Krieges der Militärpartei gegenüber sich pessimistisch äußerte. Revolutionen kann man nicht gewaltsam vom Baume brechen, bevor die Stunde dazu reif ist.

Müller erinnert an das Schicksal des deutschen Massenstreiks vom Januar 1918, und die Kritik an verantwortlichen Kriegstreibern, und fügt bei, aber nicht nur die deutschen Militaristen, sondern die Militaristen von ganz Europa tragen die Schuld am Kriege.

Seine Stimmabgabe für die Kriegsstreikerechtfertigung Müller mit der Bedrohung Ostpreußens durch Rußland.

Die russische Mobilmachung war für den Krieg ein ausschlaggebender Faktor. Wir wollen die volle Wahrheit, und darum wollen wir, daß alle Archive der ganzen Welt geöffnet werden, um die wirkliche Schuld festzustellen. Ich muß die Frage aufwerfen, ob die französischen und englischen Diplomaten alles getan haben, um die russische Mobilmachung zu verhindern. Die Anschuldigung Scheidemanns weist Müller zurück. Er ist der Ansicht, die Sozialdemokraten hätten den Einfluß im Parlament verloren, wenn sie während des Kampfes nicht zum Kriege gestanden wären.

Die russische Mobilmachung war für den Krieg ein ausschlaggebender Faktor. Wir wollen die volle Wahrheit, und darum wollen wir, daß alle Archive der ganzen Welt geöffnet werden, um die wirkliche Schuld festzustellen. Ich muß die Frage aufwerfen, ob die französischen und englischen Diplomaten alles getan haben, um die russische Mobilmachung zu verhindern. Die Anschuldigung Scheidemanns weist Müller zurück. Er ist der Ansicht, die Sozialdemokraten hätten den Einfluß im Parlament verloren, wenn sie während des Kampfes nicht zum Kriege gestanden wären. Die deutschen Sozialisten hatten auf die Regierung keinen Einfluß, so wenig wie das die französischen Genossen auf ihre Regierung hatten, als ihnen die Pässe nach Stockholm verweigert wurden. Ein Gericht können wir nur anerkennen, wenn es zusammengesetzt wäre aus Neutralen und nicht aus Männern wie Thomas, der den Ankläger spielt hat. Redner appelliert zum Schluß an die Solidarität aller Genossen und betont, daß die ganze internationale sozialistische Demokratie gefährdet würde, wenn es nicht zu einer Verständigung, sondern nur zu einem Gericht käme.

Am Schluß der Vormittagsitzung gab Branting der Meinung Ausdruck, daß die Verantwortlichkeitsfrage noch heute erledigt werden sollte. Selbst wenn die Debatte zu keinem Abschluß in der Frage führen würde, könnte man trotz gewisser scharfer Anklagen jetzt schon sagen, daß die Debatte zur Klärung vieler Punkte beigetragen hat und daß eine Reihe von Mißverständnissen beseitigt sind. Er hofft, die Internationale werde als vereinigte Bruder-Gemeinschaft bestehen.

Am Schluß der Nachmittagsitzung ergriff als erster Redner Karl Rautsky das Wort, der feststellte, daß Thomas nicht die Ausschließung eines Teiles der Sozialdemokratie, sondern nur die Vertiefung der alten Methoden verlangte. Der Redner stellte fest, daß die Mehrheitspartei tatsächlich nur die Regierung unterstützte. Die unabhängigen Sozialisten hätten nicht die Schuld der Regierung erkannt, gegen die Verletzung der belgischen Neutralität und gegen den anexionistischen Krieg protestierten. Er bezeichnete es als ein Glück, daß Deutschland nicht gestiegen hat. Der Redner feierte sodann Liebknecht und Rosa Luxemburg als Kämpfer der Internationale, worauf die Versammlung zu deren Ehren sich erhob. Deutschland ist ihm eine proletarische Republik. Der Redner appellierte an die Unterstützung der Entente-Sozialisten, da sonst das deutsche Volk zu Sklaven der Gegenrevolution werde. Rautsky erwartet, daß die sozialistische Konferenz in diesem Sinne einen

Druck auf die Pariser Konferenz ausüben werde.

**Die englischen Delegierten.**

Charles Dunning, England erklärt, daß die englischen Delegierten der Meinung sind, daß jetzt an diesem Kongreß nicht die richtige Zeit ist für die Erörterung der Schuldfrage, da diese den Wiederaufbau der Internationale gefährden könnte. Die schuldigen Regierungen sind vom Volk abgesetzt worden. Wenn es auch nicht möglich ist die Gravel der vier Jahre zu verbessern, so muß man doch den Völkern die gegenseitige Abneigung vergeffen. Die Reden von Eisner und Renaudel sind der erste Schritt zu einer Aussöhnung. Die englischen Delegierten richten deshalb an Albert Thomas den Appell, den Krieg der Regierungen nun nicht in einen Krieg der Völker zu verwandeln. Die Erörterung der Schuldfrage wird nicht dazu beitragen, die Arbeiter Europas wieder zu vereinen. Die Aufgabe der Pariser Sozialistenkonferenz besteht darin einen Druck auf die Pariserkonferenz auszuüben, um den Völkern zu einem wirklichen Bund der Völker zu gestalten, sowie allgemeine Bestimmungen zum Schutz der Arbeiter festzusetzen.

Grumphy, USA, bedauert tief, daß die deutschen Mehrheitssozialisten dem Appell Dunning nicht zugänglich erschienen, denn alle Franzosen sind überzeugt, daß die Reden Eisners und Renaudels die Basis geben zum Wiederaufbau der Internationale, deren Befehlen nötiger ist als jemals. Mit Dunning ist er der Meinung, daß es die Hauptaufgabe der Bernerkonferenz ist Einfluß auf den Pariserfriedenskongreß zu gewinnen. Wenn die Imperialisten in Paris wirklich von der Annexion des linken Rheinstroms oder nur der Zerschlagung Deutschlands schreiten wollen, dann müssen wir aufschreien gegen solche Tendenzen Stellung nehmen. Aber die Mehrheitssozialisten müssen andere Erklärungen abgeben, damit unsere Aktion in Paris Einfluß gewinne.

**Friedrich Adler.**

Als letzter Redner der Nachmittagsitzung sprach Friedrich Adler (Deutsch-Oesterreich), der die Schuldfrage eingehend erörtert. Er sagte am 5. Juli 1914 sei in Berlin von Kaiser Wilhelm und Bethmann-Hollweg der Krieg beschlossen worden. Von jenem Tage an hätten die Vorbereitungen begonnen. Oesterreich habe seinen guten Teil an dieser Schuld, durch seine Vorbereitungen vor dem Attentat von Sarajewo. Dieses Vorgehen beruhte aber auf dem Einverständnis mit Deutschland. Er fügte bei: Daran werden wir aber nicht vorbeikommen, das Herrschenden der andern Länder auch nicht unzulässig gewesen sind. Die Imperialisten in Paris und Petersburg haben auf den Krieg hingearbeitet. Die Schuld der Entzündung trifft jedoch die Zentralmächte.

Adler bespricht sodann die zaristische Gefahr für Oesterreich. Er lehnt die Verantwortung von Österreich ab und bittet um Ablehnung der Resolution Thomas. Submans teilte mit, daß 2 Resolutionen von Thomas und den deutschen Mehrheitssozialisten eingereicht wurden bei der Schuldfrage. Eine Kommission bestehend aus Longuet, Renaudel, Eisner, Weis, Ellenbogen, Dunningen und zwei englischen Vertretern unter dem Vorsitz von Branting haben dieselben zu prüfen.

**Chronik der Bundesversammlung.**

Während der gestrigen Sitzung des Nationalrats sind folgende Postulate eingegangen:

Es sei vom 1. Januar 1919 an der Mobilisationskontingent aufgehoben, und es seien alle Militärausgaben auf dem Wege des Voranschlags oder der Nachtritte zur Bewilligung vorzuliegen. (Gawaz, Wäpfi, Saton.) Der Bundesrat wird eingeladen, unverzüglich die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um in den Militärverhältnissen Waffenfabrik Bern, Konstruktionswerkstätte Lun und Munitionsfabrik Altdorf neue Produktionszweige einzuführen.

**Die Pariser Konferenz.**

Paris, 5. Febr. (Mittl.) Das Komitee der Konferenz trat gestern Vormittag zusammen. Bestenfalls geschloßte sein Einverständnis über die Forderungen Griechenlands. Eine Kommission bestehend aus je 2 Delegierten der Großmächte, soll die betr. Fragen prüfen.

**Das englische Parlament.**

London, 4. Febr. (Gawaz.) Das Oberhaus wurde mit dem persönlichen Botschaft eröffnet. Im Unterhaus nahmen die Arbeiterführer die ersten Plätze der Opposition ein. Schreiber wurde zum Präsidenten des Unterhauses gewählt. Für die Redaktion verantwortlich: Jos. Paudar; Dr. Fr. Wäger.

Wirtschaftliches

Lebensmittel für Europa. Das Kriegs-

Das Kriegsbandelsamt kündigt ebenfall

Baumwolle für die Zentralmächte. (Frankf.

Die Sozialprobleme. Der spanische Minister-

Rolle der Baumwollindustrie. ag. Eine

Der schweizerische Spinner, Zwirner- und

Bodenreform. ag. Der Zürcher Kantons-

Verstärkung Melanzen. New York. (N. Y.)

Indienapolis, 4. Febr. ag. (N. Y.) Dem

Internationale Konferenz reformierter Kir-

Heimwesen

zu verkaufen in der Nähe von Galmiz (Grenz)

Holz zu verkaufen

Zu verkaufen im Walde Schwandholz (St. Ursen):

Für Beschäftigung der Holzter werde man sich an

Brennholz-Steigerung

Freitag, den 7. Februar, wird eine Steigerung

Stets trachtige

Bergfühe und Kinder

zur Auswahl bei Michael Weil & Söhne

Viehsteigerung

Infolge Futtermangel wird der Unterzeichnete am

Entwässerungsarbeiten

Die Zementfabrik A.-G. in Péroles, Freiburg

Cement-Drainieröhren

von 12 bis 30 cm Durchmesser zu günstigen

Das Füllhorn Schweizerisches Jahrbuch m. Kalendarium für das Jahr 1919

Fr. BOPP

Möbelhandlung Freiburg, Schützengasse 8

Kinderbetten und Wiegen

Zu verkaufen ein

Heimwesen

von 20 Juch. Land und 2 Juch. Wald, nahe bei

Bad- & Dörrosen

Kochherd mit Ofenheizung bei ERLEBACH

Sichere Existenz

eignet sich auch als Nebenberuf für freiburger Mann,

Holzsteigerung

Die Bürgerschaft von Freiburg läßt am Dienstag,

An- und Verkäufe

Gelegenheits-Schwarzwaren. H. GIBARD, Schuhmacher,

Große Viehsteigerung

Unterjochener bringt Donnerstag, den 30. Februar,



hochwertige Tiere, meistens Berner. Zu dieser Steigerung

Zu vermieten

auf 1. März, die Wirtschaft „zu den Leinwebern“

Klein St. Johannsplatz in Freiburg. Sich zu wenden an die

Holzsteigerung

Am Freitag, den 7. Februar 1919, von 1 1/2 Uhr

1. 60 Hausen Kiefer und Buchholz; 2. 10 Hausen

Fürsorge-Stelle

für Tuberkulose-Kranke 6 Perollesstrasse 6

Kohlen-Sommerung

Die Werbezuchtgenossenschaft des Sennebezirks

Schafwolle

und alle Wollwaren nimmt an zu Höchstpreisen

Maschinenfabrik Albert Stalder, A.-G., Oberburg

Brennholz-Kreisagen, Centrifugal-Jauchepumpen, Hand-Jauchepumpen

Empfehlenswerte Spezialitäten

Alpenkräuterthee, Blutreinigungsmittel, Papaverpulver, Kugeleisenschmelze

Nr. 30

Abonnent... 12 Monate 6 Monate

Aus der Bund

Nationalratssitung Motion Knellwolf in den